

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Voth.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 68.

Dienstag, den 21. März 1922

162. Jahrgang

Tageschronik

Die Zusammenfassung der deutschen Abordnung für Genoa. Die Zahl und Unterbringung der fremden Vertreter auf der Konferenz.
Die Quadrupel rückt sich gegen eine Erweiterung der Sachlieferungsstellen.
In Berlin wurde eine geheime kommunistische Rantanklage entdeckt.
Sämtliche amerikanischen Truppen werden das Rheinland bis zum 1. Juli verlassen haben.
Die italienische Kammer sprach de-facto mit 275 gegen 89 Stimmen das Vertrauen aus.

Die deutschen Vorbereitungen für Genoa.

Mathias Führer der Delegation.

Berlin, 21. März. Die deutschen Vorbereitungen für Genoa sind zu einem gewissen Abschluss gelangt. Die Vorbereitungen in den einzelnen Reichsteilen sind im wesentlichen beendet. Voraussichtlich wird sich das Kabinett bereits in seiner nächsten Sitzung mit dem Ergebnis dieser Vorbereitungen beschäftigen. Man hält es für verheißt, wenn man von einem eigentlichen Programm für die Konferenz reden wollte. Für ein fest umrissenes Programm sei, so argus merkt man, einmal die ganze Klasse des Stoffes zu groß und dann würden die deutschen Delegierten darauf angewiesen sein, sich nach der Tagesordnung der Konferenz zu richten. Im Gegensatz zu den früheren Gelegenheiten, bei denen das Reich nur durch einzelne Delegierte vertreten wurde, werden diesmal die zuständigen Ministerien, also das Auswärtige Amt, das Finanzministerium, das Reichsjustizamt und das Reichsanwaltschaftsamt durch ihre verantwortlichen Männer, also durch ihre Minister oder Staatssekretäre, in der deutschen Delegation vertreten sein. Alle Reichsteile sind nach Dr. Mathias die Führung übernehmen. Das schließt, er wird man, jedoch nicht aus, daß auch Reichsanwalt Dr. Winter nach Genoa fährt. Bestimmte wird er sich einige Tage in der Konferenzstadt aufhalten, wenn die Vertreter der übrigen in Genoa vertretenen Staaten, besonders Lloyd George, die Konferenz betreten. Die Anwesenheit des Reichsanwalts würde aber dann mehr repräsentativer Natur sein und die eigentliche Führung auch in diesem Falle bei Dr. Mathias liegen.

Daß Lloyd George vor der Konferenz von Genoa nicht demissionieren wird, gilt als sicher. Der Londoner Berichtserichter des „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß zwischen der Wendung des Erholungsurlaubes Lloyd Georges und dem Beginn der Genueser Konferenz zehn Tage liegen. Lloyd George werde wahrscheinlich in dieser Zeit zur Wiederberufung seiner Amtswürde ein Verlangen zum Parlament verlangen. Es könne kaum bezweifelt werden, daß er dies Verlangen erhalten werde. Auf jeden Fall könne eine Debatte über Genoa erwartet werden.

Die Abordnungen für Genoa.

Wie der „Voss. Zig.“ aus Rom gemeldet wird, ist die Verteilung der fremden Delegationen für die Konferenz von Genoa folgende: Die Engländer können mit 110 Mitgliedern und werden im Schloß Vittoriano untergebracht. Lloyd George und Lord Curzon wohnen privat. Die Belgier kommen mit 14 Delegierten und werden ebenfalls in Vittoriano untergebracht werden, wo auch die acht schwedischen Delegierten wohnen werden. Frankreich hat die Zahl seiner Delegierten noch nicht angeschlossen. Sie werden im Hotel „Savoy“ wohnen. Deutschland schickte 80 Mitglieder, die zum Teil im Hotel „Oden“, und zum Teil im Hotel „Austria“ wohnen werden. Der Minister oder Vizeminister und sein Gefolge werden privat untergebracht. Die italienische Delegation wird 110 Mitglieder zählen und wohnt im Hotel „Briton“ und Hotel „Splendid“. Die Japaner kommen mit 100 Delegierten, die zum Teil in Genoa wohnt, der andere Teil längs der Riviera untergebracht werden. Es treffen weiter ein: 8 Norwegier, 10 Schweden, 10 Dänen, 10 Holländer, 8 Luxemburger, 15 Spanier, 9 Portugiesen, 7 Ungarn und 8 Dönerländer, 5 Albaner, 80 Russen, 12 Japaner, 60 Polen, 6 Serben, 24 Österreicher, 30 Tschechen, 7 Finnländer, 22 Griechen und 22 Rumänen.

Noch keine Entscheidung über das Moratorium.

Nach 472 Millionen Goldmark für 1922?

Berlin, 21. März. Dem Vernehmen nach ist die Reparationskommission in der gestrigen Sachmittagsitzung

seiner Entscheidung über die Reparationszahlungen Deutschlands im Jahre 1922 gelangt. Der „Tempo“ hält es für sicher, daß die in Canege vereinbarten Ziffern für die deutschen Zahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922 aufrechterhalten bleiben. Von den 720 Millionen Goldmark, die Deutschland danach zu zahlen hätte, sind 248 Millionen Goldmark bereits an die Abfertigungskommission abgeführt (siehe provisorische Zahlungen von je 31 Millionen Goldmark seit dem 18. Januar und eine weitere Zahlung in gleicher Höhe, es bleiben also noch 472 Millionen Goldmark, die bis Ende des Jahres zu begleichen wären. Von den Sachlieferungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark ist der Wert der Lieferungen abzugleichen, die seit dem 1. Januar geleistet worden sind.

Die freie Anleihe unvermeidlich.

Zu den Garantiebedingungen, die Deutschland bei der Bewilligung des Moratoriums gestellt werden, wird auch verlangt, daß ein Gleichgewicht des Staatshaushalts durch Steuern oder innere Anleihen herbeigeführt werde. Von völkervertragsrechtlicher Seite werden wir bezüglich darauf hingewiesen, daß, da die jetzt vorliegenden Steuern das Gleichgewicht des Haushalts nicht bringen und die Zwangsanleihe nicht dazu dienen soll, den Haushalt zu balancieren, die Notwendigkeit der inneren Anleihe immer fühlbarer wird. Im Reichsfinanzministerium wird der Plan zur inneren freien Anleihe weiter durchgedacht. Sie ist auch nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums unumgänglich. Ihre Vorbereitung muß daher schleunigst erfolgen, schon, weil man die freie Anleihe gleichzeitig mit der Zwangsanleihe ausführen will.

Widerstände gegen das Sachlieferungs-Abkommen Frankreich mit den deutschen Waren nach Rußland einzuführen.

Bekanntlich wird sich am Mittwoch der Auswärtige Ausschuss mit der von Frankreich gewünschten Veränderung des Wiesbadener Abkommens beschäftigen und gleichzeitig mit dem erweiterten Sachlieferungs-Abkommen. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns hierzu mitgeteilt, daß sich in sämtlichen bürgerlichen Kreisen starker Widerstand gegen die Veränderung des Wiesbadener Abkommens nach den französischen Wünschen bemerkbar machen wird, so daß eine rege Aussprache im Auswärtigen Ausschuss sich ergeben wird. Von industrieller Seite werden wir dahin unterrichtet, daß man in der Industrie die Auffassung vertritt, daß die Veränderung des Wiesbadener Abkommens eine beträchtliche Schädigung, ja sogar eine Untergrabung des deutschen Aufbauplans in Rußland bedeutet. Die deutsche Industrie wird durch das erweiterte Sachlieferungs-Abkommen derart geschädigt, daß es den Auslandsmarkt völlig verlassen muß. Frankreich plant nun durch die Veränderung des Wiesbadener Abkommens eine erweiterte Abgabe deutscher Waren und zwar einmal um die deutsche Industrie zu beschäftigen und dann um die Möglichkeit zu erhalten, die von Deutschland geleistete Waren nach Rußland einzuführen. Die deutsche Industrie würde sich entschieden dagegen, durch die Sachlieferungen die Möglichkeit zu verlieren, in direkten Verkehr mit Rußland treten zu können.

Entdeckung einer kommunistischen Rantanklage in Berlin.

Ein kommunistischer Stadtrat als Mitschreiber.
Berlin, 21. März. Von der Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Bei dem in der Unterstraße wohnhaften Mechaniker Walter Ahrends, einem Vertrauensmann der kommunistischen Partei, wurde eine hochwertige, mit allen erforderlichen Apparaten reichlich ausgestattete Rantanklage entdeckt. Außerdem wurde ein Verzeichnis zahlreicher kommunistischer Parteimitglieder und geheime Dienstverhältnisse über Frau- und Telegraphendienst vorgefunden. Ahrends ist einflußlos. Der an dem Unternehmen beteiligte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Fritz Krynitzki ist verhaftet worden.

Demer wird noch mitgeteilt, daß sich unter den vorgefundenen Aufzeichnungen alle Telefonnummern der Berliner Eisenbahnverwaltung mit ihren einzelnen Nummern befanden. Die entdeckte Rantanklage war eine sogenannte Aufbauplanliste, die nur Telephonnummern enthielt. Aus dem vorgefundenen Material geht hervor, daß Ahrends in letzter Zeit zahlreiche Gespräche aus Rußland aufgenommen hat. Das entdeckte Material über Telegraphen- und Telephonanlagen kam nur durch die Hilfe kommunistischer Parteimitglieder aus dem Besitz der Behörde gekommen sein. Es wird jetzt festzustellen versucht, welche Beamten an dem Diebstahl teilgenommen haben.

Anzeigenpreis Der halbjährigen Mitteln. Einmal um 10 Hg. und der halbjährigen Mitteln. Einmal um 10 Hg. Die laufende Monatsanleihe wird vom Besitzer aus dem Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6.00 Hg. in Zahlung genommen. Halbjährige 75 Hg. Vierteljährige 40 Hg. Tagesanleihe 11 Hg. Vormittags 11 Hg. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Die Zwangsanleihe von 1795.

Eine Zwangsanleihe wurde am 9. Dezember 1795 von dem französischen Direktorium als letztes Hilfsmittel beschlossen, um aus dem fürchterlichen, durch die Revolution hervorgerufenen Finanzniedergang herauszuführen. Das Ergebnis und die Wirkung dieser Anleihe ist hier auf Grund der authentischen Angaben, die in dem über die Pariser Revolutionszeit von Adolf Schmitz gemacht werden, dargestellt.

Nachdem auch die Schließung der Börse nur die Befestigung der Zukunft zur Folge gehabt hatte, gab das Direktorium dem Drängen der Massen nach und beschloß eine Zwangsanleihe von 600 Millionen Frank in Münze, die den wohlhabenden Klassen aufzulegen werden sollte. Dies Geld, das am 10. Dezember 1795 durch die Zustimmung des Rates der Alten bindende Kraft erlangte, teilte die Darleher in 16 Klassen ein: die unterste sollte 50, die oberste 1500-1600 Acres Mägen besitzen. Die häufigste Wiederbringung der Anleihe sollte allmählich in zehn Raten vor sich gehen. Der Artikel 7, der der wichtigste ist, setzte fest, daß an Stelle der Münze, die der Goldmark entsprach, auch Assignaten, das damalige Papiergeld, angenommen werden sollten, und zwar zum 100. Teil ihres Nennwertes. Dadurch, daß der Staat selbst den Kurs des Assignaten auf 1/10 festsetzte, sprach er die fast völlige Entwertung seines Papiergeldes aus, die verhängnisvollste Folgen hatte. Die nächste Auswirkung dieser Bestimmung war, daß alle Warenpreise, die noch nicht dem Verhältnis von 100 zu 1 entsprachen, schnell so hoch stiegen, um dieses Verhältnis zu erreichen.

Die Freude, die zunächst in den ärmeren Klassen über die Zwangsanleihe herrschte, wurde durch diese sofort einsetzende Teuerung sehr getrübt, zumal auch noch andere Zustände dazu kamen, die Preise aller Waren in die Höhe zu treiben, bevor noch ein Centime der Zwangsanleihe bezogen war. Die reicheren Kreise aber ergriffen baldes Handeln über die vom Staate gesetzte Preisbindung. Man schätzte die Zahl der für die Anleihe in Betracht kommenden Bürger auf mindestens eine Million, und zwar sollten hauptsächlich die „neuen Reichen“, die Warenhändler, die Börsenmänner, die reichen Grundbesitzer und Bauern herangezogen werden. Am leichtesten hatten es die sogenannten „Wappenteufel“ (gens d'ortefeuille), die von „Verfälschern“ von Waren und Warenpapieren lebten, um sich ihre Pflicht zu entziehen. Sie schrieben sich nicht zu den „Goldmillionen“ gedruckt, bis ihre Vermögen „schwer zu fassen“ war.

Wenn die Regierungskreise an die Zwangsanleihe die Hoffnung geknüpft hatten, daß der Münzwert von Tag zu Tag sinken und der Wert der Assignaten steigen werde, so hatten sie sich gänzlich getäuscht. Im ersten Schrittwort wurden allerdings die Assignaten auf den Stand von 1/10, den ihnen die Regierung selbst zurechnen hatte, herabgesetzt, und der Quotient fiel unter seinen Stand von 5000 Acres Papiergeld. Aber allmählich stieg der Quotient wieder an, aufzufallen, fand am 20. Dezember schon 5500 und am 23. Dezember 6000 Acres. Die Assignaten waren aber schon am 16. Dezember von ihrer Höhe von 1% auf 1/2 heruntergegangen und sanken immer tiefer.

Damit war jeder Wert der Anleihe vernichtet. Es wurde noch ein neuer Grund für die zunehmende Teuerung, die Handeltreibenden aller Art, die sich von der Zwangsanleihe bedroht sahen, suchten sich nämlich nach Möglichkeit schon vorher schadlos zu halten, sie machten, wie die Polizeiberichte meldeten, „von allen nur irgend denkbaren Mitteln Gebrauch, um so teuer wie möglich zu verkaufen“ und dadurch die Verluste der Anleihe wieder einzubringen.“ Diese Methoden lockten nach eigenen Zusicherungen sowohl die Bankiers wie die Kaufleute und ebenso die Spekulanten, die Speereinschreiber usw. Die Zwangsanleihe trug also „bedeutlich zur Verteuerung der Preise aller Dinge“ bei. Außerdem versuchten auch die Geschäftleute sich auf alle Weise der Zahlung zu entziehen, und die Regierung, Einbrüche und Proklamationen lesen so maßlos ein, daß die Finanzämter gar nicht mehr arbeiten konnten. Nach zwei Monaten war das Ergebnis, daß der Betrag der Anleihe offiziell auf 8 Millionen in Münze festgesetzt worden war, auf 10 Millionen in Münze fest der erwarteten 300 gefehlt wurde. Größere Summen sind wohl überhaupt nicht eingegangen; so einer ergebnislosen mühsamen Verfolgung über die Eingänge ist es nie gekommen!

Da man mit dem völligen Scheitern der Zwangsanleihe rechnen konnte, wurde schon am 23. Dezember ein Gesetz erlassen, das die Vermehrung des Assignatenwesens, alle die weitere Inflation herbeiführte, was man gerade durch die Anleihe hätte vermeiden wollen.

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobson.

(Nachdruck verboten.)

13. Manuskriptes Kapitel.

Als Samnibal auf seinem ersten Weg an den Bach einen Blick durch das Fenster der Parade geworfen hatte, löst sich Juan und Luis noch tief. Das heißt, es war in ihrem Schlaf dennoch ein merkwürdiges Unbehagen, denn alles, was der schmerzhaften Ruhe unterworfen, was man durfte mit Sicherheit annehmen, daß er nicht selber aufwachte, als bis der Finger in einem Eingeweiden knirschte.

Sandus hingegen war ein alter Heger, den das Mauthaus eines Blattes wecken konnte, heute war er indessen wirklich müde und starrte erst die Augen, als Judica's Rufanft bereits Notstandsgründe hatte.

Er besah also seine Abingung von ihrer Anwesenheit und wollte ebenwärtig, daß Samnibal mit der Wäsche im Anschlag zwischen den Fesseln lag, die sich dicht hinter der Bretterreihe aufstapelten; er glaubte, daß diesen im Hofhaus noch alles schlief, und begann zunächst seinen Gefährten zu beobachten. Der regte sich nicht und schmerzte wie ein Pfaffen.

Luis erhob sich endlich und trat an das Fenster; der Wachen war doch schon ziemlich weit vorgezogen, aber drüben im Hofhaus regte sich nichts; selbst der Schornstein bereitete ein Leben, denn das blühende Feuer, das Samnibal zum Frühstück angezündet hatte, war wieder erloschen — man konnte wirklich glauben, daß Herr und Diener ihre geistige Gehirnanbahn mit einem langen Schlaf weit machten.

Wählg suchte der Kaiser zusammen. Die Tür des Hauses wurde geöffnet, auf der Schwelle erschien John Kerry barhäutig, wie ein Mann, der nur nach dem Wetter ausfragen wollte; oder neben ihm, in seinen schillernden Arm geschmiegt, ging die Gestalt eines jungen Weibes, und Luis Sandus hätte vor dem Erschauen stehen können — Judica Stephanus murmelte zu fast in seiner Erinnerung, um jemals vergessen zu werden.

Jetzt die Frau eines anderen. Und wohl auch die Geliebte ihres Gatten, der die Zerstörung unenträglich geworden war, die in stürmischer Wut nach ihm eintraf, und jetzt, in seine Arme geschmiegt, die Schönheit des jungen Wogens genoss.

Eine Sekunde lang blickte Luis die Frau an, das helle Haar der Eifersucht streif ihm in die Schläfen, aber dann verdrängten andere Gedanken diese Regung. Jetzt war das

haus unheimlich beschattet der Mager stellte sich in seinen Räumen und selbst genug, während Juan gerade diesen als Hauptfeind betrachtete, verachtete ihn den Woge von ganzem Herzen; es war eben der feilsche Unterschied von zwei Männern, von denen der eine die rote Karte anbotete, während der andere sich auf seine überlegene Intelligenz verließ.

Samnibal, das Vieh, wurde einfach „gebühligt“, gerade wie gestern abend der Hund gequält worden war. Der Spanier war noch einen einzigen Blick auf den Schläfer, dann war er entflohen, den Haß des Diamanten allein anzuführen; der Gestirn mußte sich in dem Saale befinden, und wenn er verurteilt war; dann sollte der Mohr gezwungen werden, selbst das Geheimnis zu verraten — gezwungen werden, gerade wie Sulamith, die wilde Widwin.

Luis Sandus verließ ruhigen Schrittes die Parade; er ahnte nicht, daß seine Fährte an einem Woge hing, daß da oben in dem wild zusammengehäuften Holzgerüst der Kauf einer Wäsche gehoben und wieder gesenkt wurde — es war genau ebenso wie ehemals in der Manège, wenn er zwischen seinen Beinen stand; die Gefahr im Auge und was sonst lauerete, das lag im Schöße des Schicksals.

Die Tür des Hofhauses war unverschlossen, und Luis betrat sofort die Luft von Frau Helene's Studie; in der nächsten Stunde fand er Judica gegenüber, die sich gerade zu dem Tische niedergebückt hatte, und es war selbst genug, daß sie ungeachtet ihres Erstickens das starke Tier am Halsband führte, um das Aufhängen des Rides zu verhindern. Diese unwillkürliche Bewegung verriet die beiden ehemaligen Gefangenengenossen in jene Tage zurück, wo sie Kameradschaft pflegten und einander sogar „Du“ nannten; und die Erinnerung war so mächtig, daß Luis auf einen Augenblick die Gegenwart vergaß und lächelnd sagte:

„Du brauchst keine Sorge zu haben, Judica — die Bestie gehört mir noch immer.“

„Nun richtete Judica sich auf und sah Sandus freudlos in die Augen, deren Schönheit sie oft heimlich bewundert hatte.“

„Ja, es ist der alte Mist. Warum bist du deinem Beruf gegenüber nicht so eifrig?“

„Du weißt es“, erwiderte er halllaut — „ich mußte sein.“

„Richtig, wegen einer hinterlistigen Tat. Und seitdem ist es dir schlecht gegangen.“

„Das ist die Strafe. Ich weiß alles — du bist unter die Händer gefallen.“

Er wurde durch ihren Blick so sehr gereizt, daß er ihm gar nicht entließ, nach dem Aufsehen zu fragen; aber die kurze Anbeugung genigte doch, um ihn in die Höhe gehoben zurückzuführen, und er bildete sich nichttrauf um „Sind wir allein Judica?“

„Gang so, wie du möchtest“, sagte sie mit einem leisen Unterton der Besandung. „Mein Gatte ist fort, der Pögel ebenfalls, und selbst der Hund würde mich nicht küssen. Du brauchst nur deine Hand auszustrecken, um sie mit einem Haub oder einem Woge zu bestücken. Ich weiß ja aus Erfahrung, daß es dem Gefessenen Juan Stephanos aus einem Woge nicht ankommt.“

„Sie trat mit einer schnellen Wendung an den Tisch, wo der Diamant noch nicht offen lag, und steckte das Juwel an ihren Fingern.“

„So, Luis Sandus, nun kannst du spielen, soß und denial, wie es einem Beglückten zufällt, wenn es auch eine Frau ist, die du berührst, und wenn auch deine Handbände diese dich deshalb aufpassen werden. Nun, warum ähstest du? Hast du etwa deine Wängerbettische, vor der deine Bestien in den Staub tragen? Ich bin doch nicht wie die Sulamith, ich bin nichts als das Weib, dem du einmal deine Liebe schenken wolltest!“

„Er erhob sich nicht, aber seine Stimme wurde kühler und heiser.“

„Judica, jag mir eins. Dieser verfluchte Stein — ist er dein Eigentum oder gehört er deinem Gatten?“

„Die schöne Frau lächelte ein wenig und frisch mit des Saub freudlos über das Allein.“

„Wenn du einen Interjektion machst, Luis, mein Mann hat mir diesen Schmud gelehrt. Er gibt mir alles, was ich begehre, und du weißt, daß ein Frauenzweig an solchen Dingen hängt. Ich würde weinen, wenn du mich berührst, aber wemmer wegen des Verlustes.“

„Sobann Judica?“

„Ein Mann, der Judica Stephanos liebt, darf sein Andenken nicht schänden“, sagte sie ruhig. „Eine eine Tat der Eifersucht würde ich vergeben, Luis — einen gemeinen Schacher würde ich verachten bis an mein Ende.“

Stetslich sprach sie aufrecht, vielleicht spielte sie auch nur ein gewagtes Spiel — er konnte es in dieser Stunde nicht unterlassen; aber sein Blick hing wie bezaubert an ihren Augen, die Wollen hatten sich vollständig verflüchtigt, er war nicht mehr der Wängiger, sondern er wurde von ihr beherrscht und schloß, daß sie ihn niederknien, wie das Weib es von jeder dem Mann gegenüber getan hat.

(Fortsetzung folgt.)

Familien-Verzeichnis
Geboren: Wolfgang Walter, Sohn des Otto Jilling u. Frau, Wilhelm Dorf; Leonore-Ruth, Tochter des Kurt Wille u. Frau Folkenschild, Weiff.
Verheiratet: Fritz Weidlich mit Frau Marie, geborene Geier, Neumburg; Hans Weidlich mit Frau Adelgeb, geb. Weidlich; Fritz David mit Frau Helene, geb. Schwahn, Weidlich.
Verheiratet: Gertrude Merleburg.

Wir bedauern, die fortwährend noch einlaufenden Bestellungen auf den
Merseburger Kreiskalender 1922
nicht mehr erledigen zu können, da die Auflage bereits seit Ende vorigen Jahres vergriffen ist. Auch können wir wegen der hohen Portokosten die Besteller nicht einzeln davon benachrichtigen.
Merseburger Druck- und Verlagsanstalt
(L. Baitz).
Merseburg/Saale, 21. März 1922.

VEREINIGTE THEATER
Kammer-Lichtspiele
Gr. Ritterstraße 3, Tel. 529.
Pracht-Programm von Dienstag bis Donnerstag:
Das Gelübde.
Nach dem Schauspiel von H. Lauffensack.
In den Hauptrollen:
Lotte Neumann, Theodor Loos.
Die Dollarbrutt.
Ein Abenteuer-Film großen Stils voll neuer Tricks u. Sensationen.
Anfang 6 Uhr. Zweite Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Die Rache einer Frau.
Paraphrase über die Novella La vengeance d'une femme von Barooy de Ameyville.
In den Hauptrollen: Vera Karanoff, Olga Enger, 5 gewählte Akte.
Sie, was Sie denken — ist nicht.
Tolle Lustspiel in 3 Akten.
Anfang 6 Uhr. Zweite Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Frisch eingetroffen:
In selten großer Auswahl und allerbesten Qualität
schwere Oldenburger Röhre
hochtrag. u. reichhaltig.
Röhre
sowie hochtragende Färjen
darunter auch Zugkühe.
Louis Kürnberger
Zuchtviehimport, Merseburg
Tel. 28.

Mittl. Beamter,
38 J. alt, ev., militärisch
Damen Bekleidungs-
geschäftsleiter
unter 305/21 an die
Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbeten.

J. G. Knauth & Sohn
Merseburg.
Herrrenfilzhüte,
Koufirmandenhüte
neueste Formen und Farben.
Sportmützen, Fliegermützen,
blaue Regattamützen,
unvergleichliche Auswahl.
Hojeutträger, Gummihüte,
Selbstbinder, Krawatten,
Socken, Sockenhalter,
sämtliche Herrenartikel.
Größte Auswahl — Billigste Preise.

Rheingold-Breit!
Halle und folgende Tage das mit so großem Beifall aufgenommen —
Eröffnungs-Programm.
Jeden **Donnerstag**, abends 7 Uhr:
Bornerhimer Gesellschafts-Ball
im großen Saal
Erstklassige Tanzmusik.
Wir laden zum sofortigen Eintritt für unsere Filiale in Merseburg eine unentgeltliche, stetige und gewissenhafte Verpflichtung als

Kleinkunst-Abende
Neues Schillerhaus 7/7
Tel. 209
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr

Ziela 10 Zentner
Sanktarpfen u. Schlei
1- und 2-Hörniger, verkauft als Freitag, solange Vorrat reicht
Rittergut Köhlschlag b. Schkenditz,
Ferien-Schkenditz 52.

Klempfächer!
Kalt bei Funke & Scherz
zu haben. Sonntags, den 26. März 1922, früh 11 Uhr: Katt-
fächer.
Der Vorstand.

Ostergeschenke
in geschmackvoller Ausführung mit guten Füllungen und in jeder Preislage.
A. Wagenknecht
Halle a.S., Leipzigerstraße 61/62
im Hause der Halleschen Zeitung.

Austrägerin,
tüchtigen Filialleiter.
Auserordentlich günstige Belegensätze für allein-
stehende Frau der Haushalten, aber auch für jeden
Geschäftsmann bei sehr guten Verleihen.
Hallesche Nachrichten, Halle-S.
Dr. Richterstraße 16.

Industrieller Halle,
Rittmoos, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr

Am Donnerstag, den 23. d. Mts., treffen
frische Transpore
la bayerischer Zugochsen
sowie hochtragender und neuemthender
Röhre und Färjen
zum präferierten Verkauf bei uns ein.
Hauptgenossenschaft für
Dieberrverteilung e. u. m. G. n.
(Kandridiratschaft, Organisation)
Halle a.S.
Tel. 6385.

Wohnungsauch.
Suche meine Wohnung
in Weidenfels, bestehend
aus Stube, Kammer, Küche,
gegen glatte oder größere
in Merseburg. Soll An-
gabe unter 305/21 an
die Expedition des Blts

Mobl. Zimmer
von sehr. Zauer-
nieder (Kaufmann)
am 1. 4. gelehrt. Offerten
unter 306/21 an die Expe-
dition dieser Zeitung.

2 Zimmer
mit Kochgelegenheit,
niedriger od. unvollständiger
gehört. Offerten unter
B. L. 302/21 an die
Expedition d. Bl.

Ein gut Zimmer
möbl. oder später gelehrt.
Offerten unter W. G. 68
an die Exped. d. Bl.

Zeitung-
Austräger
gesucht.
Merseburger Tageblatt

Behring Just Merseburger
Druck- u. Verlags-
Anstalt (L. Baitz)
Halterstraße 4. Telephone 100.
Für 1. April in Villen-
banhschaft gesucht.
verleite Robin
und ebenwärtig
Stundenmädchen.
Platz, Leipzig,
Behringstraße 3.
Erfahr. **Wirtschafterin**
für kl. Haushalt gesucht.
In erfrag. in d. Exp. d. Bl.
Klempner-Beitling
wird ein. Zu erfragen bei
Eide, Unter-Altenburg 10.

Gehere, Hote
Stenotypistin
per 1. oder 15. April ge-
sucht. Schrift-Verord-
nungen erbeten.
Otto Wiegand,
Lehrfabrik.
Als Aufwartung in den
Vormittagsstunden wird
Frau od. Mädchen
gesucht.
Frau Escheher,
Merseburg, Poststraße 71.

An Walter Oitz!
Da Sie unter Vergabe
eines Besuges nach Halle
am 23. Ihre Adresse
insamant verwechseln,
müssen wir auf diesem Wege
mitleidig den Tag für Fall
langen der Post über-
geben. Zudem seien alle
Bertanens elten vor dem
Verkehr mit Ihnen ge-
kennzeichnet. Mit der
Beitragern entsprechen
den Angaben
Herrmann Köster, Ober-
inschuld b. Ludewig,
Herrmann Wais,
Werner Wendke, a. St.
Gebr. Ranna, Oberwisch,
Wald, Bücking-Park

Beilage zu Nr. 68 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 2. März 1922

Neuzeitliche Schulformen

Die neuzeitliche Schulreform ist ein Problem, welches die Schulpädagogen seit Jahrzehnten beschäftigt haben. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Vorbereitung der Kinder auf die berufliche Tätigkeit gelegt. In der pädagogischen Fachpresse wird dort ausführlich über die verschiedenen Schulformen berichtet. Die große Menge des Stoffes, welche in diesen Dingen sehr geringen Anteil. Das ist etwas anderes, was die neuzeitliche Schulreform angeht, welche die letzten Jahre gesehen haben. Seit dem 1. August 1919 im Gegenstand der früheren Reichsverfassung, welche das Schulwesen übernahm, nicht verändert, nicht, daß auf die Übertragung der Schulen, sondern sogar auf den inneren Schulbetrieb Bedacht genommen. So schreibt der Artikel 146: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch anzuschließen. Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“ Die folgende Artikelübersicht ist aufzuführen: „Die öffentliche Schulbildung ist staatliche Angelegenheit.“ „Die öffentliche Schulbildung ist organisch anzuschließen.“ „Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“ Die folgende Artikelübersicht ist aufzuführen: „Die öffentliche Schulbildung ist staatliche Angelegenheit.“ „Die öffentliche Schulbildung ist organisch anzuschließen.“ „Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“

Die neuzeitliche Schulreform ist ein Problem, welches die Schulpädagogen seit Jahrzehnten beschäftigt haben. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Vorbereitung der Kinder auf die berufliche Tätigkeit gelegt. In der pädagogischen Fachpresse wird dort ausführlich über die verschiedenen Schulformen berichtet. Die große Menge des Stoffes, welche in diesen Dingen sehr geringen Anteil. Das ist etwas anderes, was die neuzeitliche Schulreform angeht, welche die letzten Jahre gesehen haben. Seit dem 1. August 1919 im Gegenstand der früheren Reichsverfassung, welche das Schulwesen übernahm, nicht verändert, nicht, daß auf die Übertragung der Schulen, sondern sogar auf den inneren Schulbetrieb Bedacht genommen. So schreibt der Artikel 146: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch anzuschließen. Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“ Die folgende Artikelübersicht ist aufzuführen: „Die öffentliche Schulbildung ist staatliche Angelegenheit.“ „Die öffentliche Schulbildung ist organisch anzuschließen.“ „Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“

Die neuzeitliche Schulreform ist ein Problem, welches die Schulpädagogen seit Jahrzehnten beschäftigt haben. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Vorbereitung der Kinder auf die berufliche Tätigkeit gelegt. In der pädagogischen Fachpresse wird dort ausführlich über die verschiedenen Schulformen berichtet. Die große Menge des Stoffes, welche in diesen Dingen sehr geringen Anteil. Das ist etwas anderes, was die neuzeitliche Schulreform angeht, welche die letzten Jahre gesehen haben. Seit dem 1. August 1919 im Gegenstand der früheren Reichsverfassung, welche das Schulwesen übernahm, nicht verändert, nicht, daß auf die Übertragung der Schulen, sondern sogar auf den inneren Schulbetrieb Bedacht genommen. So schreibt der Artikel 146: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch anzuschließen. Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“ Die folgende Artikelübersicht ist aufzuführen: „Die öffentliche Schulbildung ist staatliche Angelegenheit.“ „Die öffentliche Schulbildung ist organisch anzuschließen.“ „Auf einer für alle Gemeindeformen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Artikel 147 bestimmt: „Private Schulen sind aufzuheben.“

Deutscher Reichstag

Der Reichstag hat am 2. März 1922 eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Angelegenheiten der Schulreform diskutiert. Die Mitglieder des Reichstages haben sich über die verschiedenen Schulformen und die Vorbereitung der Kinder auf die berufliche Tätigkeit ausgesprochen. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. In der Sitzung wurde über die Angelegenheiten der Schulreform diskutiert. Die Mitglieder des Reichstages haben sich über die verschiedenen Schulformen und die Vorbereitung der Kinder auf die berufliche Tätigkeit ausgesprochen. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet.

Projekt für die weiteren Beträge. Bei 100 000 Mark ist das Vermögen nicht steuerpflichtig.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.): Steuern von solcher Höhe, wie sie die Vorlage enthält, werden auf die Dauer nicht erhoben werden können. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in anderer Weise den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, können wir alle einpacken. Die uns im Wesentlichen abgenommen auferlegten Sachleistungen sind genau so phantastisch und unsinnig wie die übrigen Reparationsforderungen. In der Ratifizierung dieses Abkommens ohne Befragung des Reichstages sehen wir eine Verfassungsviolation. Wir freuen uns, daß die Volkspartei in der Zwangslage nicht nur eine einmalige Maßnahme sieht, aber auch mit dieser Einschränkung unterstützt sie die Erfüllungspolitik des Kabinetts. Auch wir sind nicht Gegner einer Verständigung der bürgerlichen Parteien, aber sehen nicht ein, warum das Steuerkompromiß durchaus mit der Sozialdemokratie unter Ausschluß der Deutschnationalen gemacht werden mußte. Wir machen der jetzigen Regierung bewußt Opposition, aber wir vergessen darüber nicht die Staatsnotwendigkeit. Für die Sanierung der deutschen Finanzen gibt es nur ein Programm. Die Regierung muß sich in der Reichsverwaltung nach der Steuerdecke strecken. Der Welt muß die ungeschminkte Wahrheit über unsere Lage ohne jede Verschönerung gesagt werden. Eingriffe in die Vermögenssubstanz dürfen auch äußerlich nur in Verbindung mit einer endgültigen Regelung der Kontributionsfrage erfolgen. Die gewaltige Belastung der Vermögenssteuer wäre jedoch nur bei einer weitauseinandergezogenen Staffelung des Tarifes einigermaßen erträglich. Wir beantragen die Annahme der Anschließungsresolution, wonach die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages unter Zurechnung der Veränderung des Geldwertes angepaßt werden soll, als zwingende Vorschrift in das Gesetz. Wenner verlangt, daß der Minister des Innern vor aller Welt seine Stimme gegen Deutschlands Wohlfahrt erhebe. Wir vergießen darum, für die Würde dieses Reichstages zu sorgen. Wir erfüllen unsere Pflicht als Oppositionspartei. Wir sind eine nationale Opposition.

Abg. Soldmann (L.S.): Eine genügende Reichsvermögenssteuer würde das Duzend einzelner Steuererträge überflüssig machen. An dem erdrückenden Doppelstand der Beste trägt nur die Steuerlast der Besitzenden die Schuld. Wenn die Steuern nicht ausreichen, muß eben die Sozialisierung erfolgen.

Abg. Höllein (Kom.): Die Vermögenssteuer ist weit davon entfernt, eine wirkliche Belastung des Volkes herbeizuführen. Dazu ist sie im Ausmaß noch weiter verschärfelt worden. Konfessionelle bis zu den sogenannten Demokraten hin waren bemüht, den Staat nach Strich und Faden um die Steuern zu bemoßeln.

Abg. Schumann (S.): Nicht aus Agitationsrückgründen, sondern aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen arbeiten wir am Aufbau der deutschen Republik mit. Keine Freude können allerdings Kompromisse auslösen, aber die arbeitenden Massen werden Herrn Roenen und seinen Freunden nicht die erwartete Gefügigkeit leisten. Wir haben keine Prinzipien beim Kompromiß anzugeben und hätten vielleicht die Steuer im Interesse der Massen noch günstiger gestalten können, denn die Unabhängigen politisch mitgearbeitet hätten, vielleicht sogar unter Ausschaltung der

Deutschen Volkspartei. Ist die Steuer auch stark, so ist sie doch nicht untragbar.

Damit schließt die Aussprache über § 1, der unter Absehung der kommunikativen Anträge über frühere Antragslegung des Gesetzes und längere Parolierung der Anschließungsangelegenheiten wird. Zu § 2 über Steuerpflicht und steuerbares Vermögen befristeter Abg. Dr. Helfferich (Dn.) einen Antrag, wonach bei Anrechnung der ausländischen Steuer das ausländische Grund- und Betriebsvermögen ausgenommen werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Dermes bittet, den Antrag abzulehnen, da die Befreiung solcher Vermögensteile sonst günstiger gestellt würden, als es dem bisherigen Rechtszustand entspricht. Redner entschuldigt die Abwesenheit des Reichstages mit dringenden Arbeiten bei der schweren außenpolitischen Lage.

Abg. Weder-Hessen (D.Vp.) stimmt dem Antrage Helfferichs zu.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) hält an der Anschlußfassung fest. Der Antrag Helfferich wird sodann abgelehnt und die nächsten Paragraphen in der Anschlußfassung angenommen. § 5 bestimmt, daß Unternehmungen von der Steuer befreit sind, deren Erträge ausschließlich dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufließen. Außerdem andere gemeinnützige Einrichtungen, Sparkassen hingegen nur dann, wenn sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparvertrages beschränken.

Der Antrag Bernheim (S.) will auch diese Einschränkung der Steuerfreiheit der Sparkassen aufheben. Staatssekretär Japs tritt demgegenüber für die Anschlußfassung ein, ebenso Abg. Dr. Weder (D.Vp.), während die Vertreter der Unabhängigen und Kommunisten den Antrag Bernheim unterstützen.

§ 5 wird schließlich in der Anschlußfassung angenommen, ebenso die nachfolgenden Paragraphen. Zu § 10, der den Begriff „sonstiges Vermögen“ definiert und als steuerpflichtig bezeichnet, Gegenstände aus Edelmetallen, Edelmetall und Luxusgegenstände, ferner der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand 10 000 Mark und darüber beträgt. Ein Antrag der Kommunisten, statt „Anschaffungspreis“ „gegenwärtiger Handelspreis“ zu setzen, wird abgelehnt und die Anschlußfassung mit einem Zusatzartikel „Anschaffungspreis“ angenommen, wonach eine Ausnahme für die Werte lebender oder seit 15 Jahren verstorbener deutscher Künstler zugelassen wird. Auch die nachfolgenden Paragraphen werden unter Ablehnung kommunikativer Zusatzanträge angenommen. Ein kommunikativer Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. § 16 bestimmt, daß die Vermögensgegenstände jeweils unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu bewerten sind. Bei der Ertragsermittlung soll insbesondere der Ertrag der letzten drei Jahre Berücksichtigung finden. Die Wertfeststellung bei Grundstücken soll nach der Regierungsvorlage durchweg nach dem gemeinen Wert erfolgen. Der Ausschuß hat dafür den Ertragswert eingefügt. Sozialdemokraten und Kommunisten beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schiele (Dn.) widerspricht und beantragt, bei verpachteten Grundstücken, die dauernd dem land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieb gewidmet sind, den Wert des Betriebsvermögens, der im Eigentum des Pächters steht, einen Teil des zur Vermögenssteuer zu ver-

anlagenden Gesamtwertes des Grundstücks festzustellen. Dieser Betrag solle dem Gesamtwert des Grundstücks abgezogen und dem Vermögen des Pächters zugerechnet werden.

Abg. Bohmann (Dem.) beantragt, daß im Ausschusse keine Verständigung über den Paragraphen 16 zu erzielen war. Der Grundbesitz des gemeinen Wertes würde zweifelslos dazu führen, daß der Grundbesitz zum Papierwert werde.

Abg. Debold (Z.) tritt für den Anschlußantrag mit der Forderung ein, daß bei Ermittlung des Ertragswertes insbesondere auch der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Der Antrag Debold will also auch die früheren Jahre für die Ertragsermittlung berücksichtigen.

Ein Regierungsvorsteher erklärt sich gegen diesen Zusatzantrag, der eine Verschönerung des Grundgesetzes bedeuten würde, daß der Ertragswert möglichst dem gemeinen Wert angepaßt sein soll. Auch der Antrag Schiele ist nicht annehmbar, da das Gesetz Personen und nicht Grundstücke betreffen.

Abg. Henke (L.S.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Mit dem Ertragswert wolle man nur die Steuerheben von den Agrariern schonen.

Abg. Höllein erklärt, die Anträge zum Paragraphen 16 seien nichts als Steuerabgabe des Bürgerturns. Damit endet die Besprechung dieses Paragraphen. Abstimmung und Weiterberatung Dienstag.

Politische Rundschau

Indirekte Verschönerung Bayerns.

Im Ausschussauschuss des bayerischen Landtags berichtete der Minister des Innern Dr. Schwegler über das Ergebnis seiner Berliner Reise. Er habe in Berlin feststellen können, daß weder die Reichsregierung noch irgendeine andere Reichs- oder Staatsstelle sich mit der Eisenburger Staatsanwaltschaft in Verbindung gesetzt hatte, ferner daß Staatskommissar Dr. Weismann den von einem in München als verächtlich verhassten Handlungsgehilfen Solgner aus Breslau verfaßten Bericht an die Eisenburger Staatsanwaltschaft gegeben, ihn aber nicht vom Verfasser, sondern von dem o. v. a. s. - Schriftleiter Sulzner erhalten habe. Weismann habe auf Dienstfeld erklärt, Solgner überhaupt nicht zu kennen. Andererseits habe er festgestellt, daß in Bayern tatsächlich politische Beobachter ihr Unwesen treiben und deren falsche oder einseitige Berichte den Weg nach Berlin finden. Was dabei aber nicht gehe, sei, daß das so in Berlin eingegangene Material bearbeitet und vermehrt werde, ohne daß die zuständigen bayerischen Stellen überhaupt gehört würden und Gelegenheit zur Stellungnahme erzielten. Er, der Minister, habe in Berlin darüber seinen Zweifel gelassen, daß ein solches Verfahren in Bayern nicht nur fortgesetzt, sondern hervorzuführen, sondern auch den Eindruck einer unfernordlichen Haltung erwecken müßte.

Dieser Standpunkt sei von den Vertretern der Reichsregierung auch anerkannt worden und es seien für die Zukunft hinreichende Sicherungen gegeben worden. Die Reichsregierung lege großen Wert auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Ländern, natürlich auch mit Bayern. Die bayerische Regierung teile diesen Standpunkt und sei ernstlich bemüht, wieder eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.